



HESSISCHER LANDTAG

HHA

Änderungsantrag

Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: Schaffung von 120 zusätzlichen Abschiebehaftplätzen

Einzelplan 18 Staatliche Hochbaumaßnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 1801 Staatliche Hochbaumaßnahmen
Buchungskreis: 2535

Produktnummer lt. Leistungsplan 8

Bezeichnung lt. Leistungsplan Bauten Landesbetrieb

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
712	Hochbaumaßnahmen	214.620.300	+10.000.000	224.620.300

Verpflichtungsermächtigungen:

Beträge in EUR

Verpflichtungsermächtigungen zu Titel 712	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen 2021	146.571.000	+20.000.000	166.571.000
Gesamtverpflichtung	146.571.000	+ 20.000.000	166.571.000

Der Wirtschaftsplan und der kamurale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Medienberichten zu einem vergleichbaren Projekt in Bayern entnehmen wir, dass die Bayerische Landesregierung mit Kosten von 106 Mio. € für den Neubau eines Gefängnisses mit insgesamt 450 Gefangenen rechnet, wobei 200 Plätze für Abschiebungen aus der Haft reserviert werden. Dies ergibt Kosten von ca. 250.000 € pro Platz. Für die nach Einschätzung der AfD sofort notwendigen zusätzlichen 120 Abschiebehaftplätze ergibt sich damit ein Investitionsbedarf nur für die hessische Immobilie von 30 Mio. €.

Wiesbaden, 14.01.2020

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou